

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeilen oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Die Kaiserreise in Stettin.

Stettin, 16. Mai.

Die Erwiderungsrede des Kaisers auf den bei dem von der Provinz gegebenen Festmahl in dem Generallandtagsgebäude von Herrn von Köller ausgebrachten Toast auf die Majestäten hatte nach dem Bericht eines offiziell angestellten Stenographen folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Herr v. Köller! Ich spreche Ihnen den Dank der Kaiserin und den Meinigen von ganzem Herzen aus für die freundlichen Worte, die Sie soeben gesprochen haben. Bei unserem Besuche in Stettin tritt vor mein zurücksehendes Auge die Zeit, wo mein hochgeliebter Herr Großvater und mein Herr Vater noch am Leben waren, und ich entsinne mich wohl des Festes der Provinz, als Ihr seliger Herr Vater meinen Großvater mit so bereiten Worten anredete. Die ältesten Erinnerungen meiner Kindheit, die sich in meinem Herzen finden, datieren aus der Zeit, wo wir hier im General-Landtag bei meinem Vater untergebracht waren, wenn wir zum Sommer in die pommerische Seebäder reisten. Die alte Liebe und Anhänglichkeit, die meinen Vater mit dem zweiten Corps und mit der Provinz Pommern verband, deren Statthalter er war, ist von früher Zeit aus uns eingepflanzt worden. Wenn nicht das Schicksal mit unerforschlicher Hand eingegriffen hätte, so war es seine Absicht, daß ich dereinst hier sein Nachfolger werden sollte, und ich hoffe, daß ich an der Spitze der Söhne Pommerns auch dereinst als Statthalter in die Fußstapfen meines seligen Vaters treten würde und in enger Beziehung mit dieser Provinz und ihren Bewohnern leben und wirken könnte. Die Fügung hat sich anders gestaltet. Um so mehr ist es mir eine ganz besondere Herzensfreude, daß ich an dem heutigen Tage in Ihrer Mitte weilen kann. Das pommerische Geländchen, was wir soeben gehört, nehme ich dankend an, von der festen Ueberzeugung befeuert, daß die Treue der Pommern zu mir und meinem Hause dieselbe bleiben wird, wie zur Zeit meiner Vorfahren. Auch ich werde mich bestreben, in dem arbeitsamen Leben, wie es meine Vorfahren geführt haben, für die Provinz Pommern zu sorgen und darauf Bedacht zu nehmen, das Wohl der Provinz zu fördern, soweit es in meinen Kräften steht. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es mir gelingen möge, das Leben und Wirken in der Provinz sich mehren, blühen und gedeihen möge. Ich schließe mit dem Worte des Dichters, das einstmal gesprochen wurde, als ein lebendes Bild zur Feier unserer Hochzeit gestellt wurde, darstellend die Einnahme Stettins durch den Großen Kurfürsten. Der rote Greif hat sich tapfer gegen den roten Adler gewehrt und schwer ist es meinen Vorfahren geworden, das harte Land der Pommern zu erwerben. Seitdem Herr aber als Freundes Jahrbuchende hindurch zusammenstehen, kann ich wohl mit dem Dichter sprechen:

„Und Brandenburg und Pommern,
 Das trennt kein Tausend mehr!“

So erhebe ich denn mein Glas und rufe:
 Die braven Söhne Pommerns und Ihre Provinz,
 Sie leben hoch, hoch und nochmals hoch!“

Auszeichnungen.

welche anlässlich des Kaiserbesuches erteilt wurden, sind bisher bekannt: Es erhielten den Roten Adlerorden erster Klasse mit Stern Wirkl. Geh. Rath v. Köller, Landrat, den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub Generalinspizientent Pöter hier, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit Schleife und Schwertern am Ringe Landratsdirektor und Landrat des Kreises Varenburg v. Köller, Oeffen, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife Landratsdirektor v. Bülow-Hoffede, Konfiskationsrat und Schlossprediger Brandt, Stettin, Regierungs- und Regierungsrath v. Köller, Stettin, den Roten Adlerorden dritter Klasse Landesökonomie- und Landrat v. Rosewitz-Kensow, Landrat v. Wobitzke, Greifenburg, den Roten Adlerorden vierter Klasse Major a. D. v. Kleist, Regim., Intendantur- und Baurath v. Kossakowsky, Stettin, Erbmarschall Graf v. Flemming-Benz, Regierungsrath v. Köhler, Stettin, Postdirektor Hertel, Stettin; den Kronenorden erster Klasse Graf v. Bredow, den Kronenorden zweiter Klasse Schlosshauptmann von Stettin Graf v. Bredow und Staatspräsident v. Köhler. Deren Oberbürgermeister Haken ist der Charakter als Geheimen Regierungsrath und dem Landesdirektor Dr. Frhr. v. d. Golz der Rang der Räte zweiter Klasse verliehen worden. Der Kaufmann E. Allen-dorf, Stettin, Mitglied des Vorstands der Kaufmannschaft, ist zum Kommerzienrath ernannt worden.

Bei dem Bericht über die Illumination vom Sonnabend haben wir einen hervorragenden Punkt derselben vergessen, wir meinen das aus der Stettiner Elektrizitätswerke (S. Kugel), Pöter, 97. Hier war das elektrische Licht zur wirksamsten Beleuchtung benutzt und die Glühlampen in den verschiedensten Farben, unterstützt von Bogenlicht und Reflektoren, gewährten ein geradezu entzückendes Bild. Besonders wirksam erwies sich die Gruppierung und Beleuchtung der Kaiserbüste.

Der geführte letzte Tag der Kaiserreise hatte noch einmal die Massen in Bewegung gebracht. Viele, welche an den beiden ersten Tagen geschäftlich nicht Zeit hatten, den letzten Sonntag, um das Kaiserpaar zu sehen, wenn es die Fahrt zum

Feldgottesdienst auf dem Hofe der Artillerie-Kaserne.

unternimmt und wieder waren es Tausende, welche in den Straßen Spalier bildeten und das Kaiserpaar mit begeisterten Ovationen begrüßten, als dasselbe um 10 Uhr Vormittag vorüberfuhr. Für die Kaiserin sollte der Feldgottesdienst noch eine freundliche Ueberraschung bringen, der Kaiser hatte vorgestern angeordnet, daß das pommerische Artillerie-Regiment, dessen Chef bekanntlich die Kaiserin ist, zu dem Gottesdienste herangezogen wurde und als das Kaiserpaar in den Kasernehof einfuhr, bemerkte Ihre Majestät zur Freude und Ueberraschung ihr Regiment in Reih und Glied neben den übrigen Truppen. Um den Hof herum fand eine förmliche Belagerung statt; Kopf an Kopf stand da die Menschenmenge, und die Knaben, welche wohl von der Erde aus nicht sehen konnten, sie machten sich die Sache einfacher, indem sie die Umfassungsmauern bestiegen. In noch weiter Ferne hörbare Hurrahs- und Hochrufe kündeten an, daß die kaiserlichen Majestäten dem Festplatze nahe seien. Inzwischen hatten sich die Minister, das Gefolge des Kaiserpaars, sowie die Spitzen der Behörden eingefunden. Punkt 10¹⁵ Uhr traf der Wagen mit den kaiserlichen Majestäten auf dem Kasernehof ein. Für das Kaiserpaar war nach der Südwestseite zu ein Zelt hergerichtet, während umweit davon der Feldaltar mit einer hohen Sammeldecke aufgebaut war. Se. Majestäten begrüßten die einzelnen Truppenteile mit einem „Guten Morgen“, was die Soldaten mit kräftiger Stimme erwiderten. Nachdem die Majestäten ihren Ehrenplatz eingenommen hatten, schlug der Tambour an zum Gebet. Ein Militärchor sang sodann in wohlklingender exakter Weise die schöne Motette: „Herr deine Güte reicht so weit.“ Darauf hielt nach einem gemeinschaftlich gesungenen Choral Herr Divisionspfarrer Kleff die Liturgie ab, bei welcher er die Gesänge des geistigen Tages verlas. Das Predigtwort war: „Komm, o komm du Geist des Lebens.“ Sodann trat Herr Militär-Diözesanpfarrer Kramm an den Altar, um mit lauter, weithin vernehmbarer Stimme die Predigt zu halten, unter Zugrundelegung der Schriftstelle Jesaiel 36, 26-27. Warum, woher und wozu wir ein neues Herz, einen neuen Geist haben müssen, das waren die Fragen, welche der Geistliche aufstellte. Bei Schluß der Predigt wurde der 7. Vers des begonnenen Liedes gesungen. Das allgemeine Kirchengesang, Vaterunser und den Segen sprach ebenfalls der Feldprediger. Der Gottesdienst war damit beendet und es folgte nun noch der Vorbeimarsch der einzelnen Truppen, zunächst in Säulen, sodann in zweigliedriger Kompagniefront. Der Kaiser sowohl, welcher, wie wir noch bemerken wollen, Oberuniform trug, als auch die Kaiserin folgten mit lebhaftem Interesse dem Vorbeimarsch. Der Kaiser verabschiedete sich sodann von den höheren Offizieren, während sich die Kaiserin die oben genannten Geistlichen, sowie den katholischen Divisionspfarrer Hoffrichter vorstellen ließ und mit diesen freundliche Worte wechselte, auch Herr Oberbürgermeister Haken und dessen Gemahlin wurden mit Ansprachen beehrt, wobei Ihre Majestät nochmals ihre Freude und ihren Dank für den begeisterten Empfang der Stettiner Bevölkerung ausdrückte. Kurz vor 12 Uhr verließen die Majestäten den Kasernehof und begaben sich zur

Abfahrt.

nach dem Bahnhof. Hier hatten sich der Oberpräsident v. Puttkamer und Gemahlin, sowie die Spitzen der Militärbehörden eingefunden, von denen sich die Majestäten in sehr leutseliger Weise verabschiedeten. Nachdem der Kaiser von seiner hohen Gemahlin unter herzlichsten Armierungen Abschied genommen, fuhr die Kaiserin um 12 Uhr 5 Minuten nach Berlin resp. Potsdam ab, woselbst die Ankunft um 3 Uhr erfolgte. Der Sonderzug des Kaisers verließ 12 Uhr 7 Minuten den hiesigen Bahnhof. Die Ankunft in Danzig erfolgte 6 Uhr 20 Minuten. Die Minister v. Seydewitz, Herrfurth, v. Kollentz-Schabau und der Staatssekretär Freiherr von Matschuh begleiteten den Kaiser.

Vor der Verabschiedung im Schloß machten die Majestäten dem Schlossinspektor Sieke und dem Kastellan Westphal eine goldene Ehrennadel zum Geschenk. — Auf der Fahrt nach dem Feldgottesdienst wurden am Oebel und am Amtsgericht der Kaiserin Bittschriften überreicht.

Die Stettiner Festtage sind nun vorüber und es läßt sich konstatieren, daß seitens der Bevölkerung nichts verkannt wurde, um dem geliebten Herrscherpaare einen würdigen Empfang zu bereiten und während des Stettiner Aufenthalts den Majestäten zu beweisen, daß Treue und Anhänglichkeit an das Hohenzollernhaus auch die Stettiner Bevölkerung befeuert. Wenn sich in der Festwoche ein Mißton bemerkbar machte, so trug daran weder die Verpflegung, noch die Bürgerlichkeit Stettins die Schuld.

R. L. Berlin, 14. Mai.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 14. Mai.

Vizepräsident Frhr. v. Heereman eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die Novelle zum Vergesetz wird zunächst in der Gesamtabstimmung angenommen.

Zur dritten Beratung steht ferner die Vorlage, betr. Ablösung der Stolgebühren.

Die Annahme erfolgt ohne Widerspruch. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, betr. Entschädigung der Ständesherren für Aufhebung ihrer Personalfreirei.

Die Kommission hat die Vorlage dahin geändert, daß die Vesteuerung der betreffenden erst von April 1893 (statt 1892) erfolgen soll und daß außer den namentlich aufgeführten ständesherren Familien auch diejenigen Entschädigung erhalten sollen, welche ihre bisherige Steuerfreiheit zur Anerkennung gebracht haben, oder etwa noch bringen werden.

Abg. Ricker (freis.) erklärt, seine Freunde könnten von ihrer schon bei der ersten Lesung beklagten Stellung zu dieser Vorlage nicht abgehen. Sie seien der Meinung, und seien darin durch die Verhandlungen in der Kommission nur bekräftigt worden, daß die betr. Familien ihrem Ansehen durch Beanspruchung der Steuer-Entschädigung keinen Dienst leisteten. Das Richtige

wäre es, allen denen, die das Anspruchs auf Steuerfreiheit zu haben glaubten, es zu überlassen, diese Ansprüche gerichtlich geltend zu machen. Inzwischen hätten die betr. Ständesherren eine Rechtsverwahrung veröffentlicht. Er hätte nichts dagegen gehabt, wenn danach der Herr Finanzminister gar nicht in Verhandlung mit den Herren eingetreten wäre oder doch die Vorlage 2 Monate noch hätte ruhen lassen, um den Herren Zeit zur Ueberlegung zu lassen. Fragen möchte er nun den Herrn Minister, welches denn eigentlich der Gang der Unterhandlungen mit den Reichsunmittelbaren gewesen sei? Wie aber auch die Antwort laute, seine Freunde könnten jedenfalls ihre Ansicht nicht ändern, daß jenen Herren nicht ein Wenig bewilligt, sondern sie einfach auf den Weg der Klage verwiesen werden sollten. Demgemäß würden seine Freunde diese Vorlage ablehnen.

Geh. Finanzrath Wallach bemerkt auf jene Frage, es sei die von den Ständesherren in ihrer Rechtsverwahrung gegebene Darstellung allerdings der Verichtigung in einigen Punkten bedürftig. (Ricker: Hört! Hört!) Bereits im April vorigen Jahres seien die ersten Schritte bei den Reichsunmittelbaren geschehen, indem dieselben um Auskunft über die rechtliche Natur ihrer Ansprüche ersucht worden seien. Dieser Aufforderung hätten dieselben im Sommer entsprochen und zugleich ihre Ansprüche präzisiert. Die Prüfung derselben habe längere Zeit gebauert. Im Oktober bereits habe sich gezeigt, daß über die Höhe der zu gewährenden Entschädigung eine Verständigung nicht zu erzielen sei. Es sei daher nur der jetzt betretene Weg übrig geblieben.

Abg. Bödiker (Zentrum) widerspricht der Auffassung Rickers. Die Ansprüche der Ständesherren beruhten auf Verpfichtungen, welche durch die Aufhebung der ehemaligen Souveränität entstanden seien. Die Ansprüche seien staats- und volkrechtlicher Natur und seien nicht als bloße Privilegien aufzufassen.

Minister Miquel hält ebenfalls den Standpunkt Rickers für einen unumgänglichen. Jemanden einfach auf den Rechtsweg verweisen, wie Ricker dies wolle, gehe doch nur dann an, wenn man das Recht desselben bestreiten könne, und das sei doch hier nicht der Fall. Die Steuerfreiheit der Ständesherren sei in der That nur gegen Entschädigung anzubieten. Dem, was sein Kommissar gesagt, wolle er noch etwas hinzufügen. Die Ständesherren hätten sich im Wesentlichen dadurch beschwert, daß die Verhandlungen über den Entschädigungs-Multiplikator nicht fortgesetzt würden. Aber das sei ausgeschlossen gewesen, einerseits weil es doch erfolglos gewesen wäre, und sodann, weil der Multiplikator bereits vom Staatsministerium festgelegt worden sei.

Abg. Sattler (nl.) führt namens seiner Freunde aus, nachdem einmal das Prinzip der Entschädigung in dem Einkommensteuergesetz festgelegt worden sei und die Steuerfreiheit bisher landesgesetzlich und thatsächlich bestanden habe, müsse die Entschädigung gewährt werden. Aber von volkrechtlichen Ansprüchen der Ständesherren sei nicht die Rede. Im Wiener Vertrag stehe nichts von Steuerfreiheit, ebenso sei den Herren da nur der Charakter als „privilegierte Klasse“ zugesichert worden. Die Steuerfreiheit sei erst durch die Landesgesetzgebung ausgesprochen worden. Angesichts dessen sei es auch erwünscht und notwendig, die Entschädigung möglichst gering zu bemessen. Darin stimme er dem Abg. Ricker bei, — auch ihn habe die eingelegte Rechtsverwahrung höchst unliebsam berührt.

Abg. Lieber (Zentrum) führt aus, daß es sich hier doch um volkrechtliche Ansprüche handle, auf welche die Gesez der Häuser nicht ohne angemessene Entschädigung verzichten könnten, weil nicht nur ihre eigenen Rechte, sondern die Rechte ihrer Familien, der Agnaten, in Frage ständen. Er bezaure deshalb, daß der Minister sei überflüssig über eine Verzögerung gehalten habe, über den Multiplikator mit den Familien noch weiter zu verhandeln. Aber nachdem in der Kommission sogar noch Vorschläge zu noch weiterer Herabdrückung des Multiplikators aufgetaucht seien, und nachdem heute ein entsprechender Antrag nicht vorliege, hielten seine Freunde es für richtig, die Vorschläge der Regierung als eine „Mitte“, mit der allenfalls noch auszukommen sei, anzunehmen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.) bemerkt namens seiner Partei, die Regierung habe die richtige Mitte zwischen den etwas übertriebenen Forderungen der Herren Reichsunmittelbaren und dem radikalen Verlangen Rickers getroffen. Rickers Ansinnen, die Reichsunmittelbaren möchten auf ihre Rechte verzichten, sei zu viel verlangt. (Ricker: Nein, gar nicht zu viel verlangt! Heiterkeit.) Die in der Rechtsverwahrung enthaltenen Ansprüche andererseits könne er nicht unterstellen.

Abg. Ricker erwidert ihm: Da die Ständesherren im Genuß aller der Rechte im Staate seien, wie jeder andere Staatsbürger, so verlange es das nothwendige, daß dieselben auf ihre vermeintlichen Rechte ohne Entschädigung verzichten. Der Staat, d. h. die große Mehrzahl der Staatsbürger und Steuerzahler, sei doch unendlich viel ärmer, als die Herren Reichsunmittelbaren. Er selbst könne nach wie vor die „Rechte“ der Herren nicht anerkennen. Auch die Regierung habe das früher, vor einem Jahre, nicht in dem Maße gethan, wie jetzt. Er lege ausdrücklich Verwahrung gegen die Art des Vorgehens ein. Hätten die Herren ein Recht, nun so lasse man sie doch klagen! Und wenn Graf Stolberg bereits einmal ein Erkenntnis erzielt habe, welches sein Recht anerkenne, so berechtige das doch nicht ohne Weiteres zu der gleichen Schlussfolgerung hinsichtlich der übrigen Ständesherren.

Minister Miquel befreit, daß die Regierung im Vorjahre das Entschädigungsrecht der Ständesherren in Abrede gestellt habe. Die Regierung habe zwar nie behauptet, daß die Steuerfreiheit auf volkrechtliche Bestimmungen beruhe, vielmehr stets nur gesagt, sie beruhe auf Edikt, für Preußen, von 1815 und auf späteren Regeszen. In vielen Staatsakten seit 1815 sei dieses Recht der Steuerfreiheit anerkannt. Würde die Regierung dasselbe jetzt bestreiten, so würde man sie frivolen Prozessiers behuldigen können.

Abg. Meyer (Berlin freis.) vernahmt sich gegen einen Ausdruck Liebers, als hätten die Freisinnigen vor erworbenen Rechten geringeren Respekt als Andere. Reineswegs sei dies der Fall, aber die Freisinnigen erkennen eben in dem vor-

liegenden Falle ein Vorhandensein erworbener Rechte nicht an. Sie ständen eben auf einem anderen Standpunkt als Lieber, und stügten sich dabei auf eine Reihe von Staatsrechtslehren, welche gleichfalls ein wohlverworbenes Recht auf Steuerfreiheit nicht zugeben. Thatsächlich werde ja auch die Ansicht Liebers, es ständen hier volkrechtliche Ansprüche in Frage, von der Regierung nicht geteilt; auch Minister Miquel verneine ja heute die volkrechtlichen Ansprüche. Nichts könne es sich höchstens um landesgesetzliche Ansprüche auf Steuerfreiheit handeln, und diese könnten durch Landesgesetz beseitigt werden. Selbst ein Kollege auf der äußersten Rechten habe sich in der Kommission dahin geäußert, die Reichsunmittelbaren hätten ohne Weiteres, ohne Entschädigung, auf die Steuerfreiheit verzichten sollen. Nach Lage der Sache scheine es, als bestrebe der wahre Adel darin, immer Geld zu nehmen, was einem geboten wird (Heiterkeit links). Allerdings könne er gegenwärtig kaum wünschen, daß dieses Gesetz schiere, denn gesehe dies, so habe es voraussichtlich bei der bisherigen Steuerfreiheit sein Bewenden. Denn eine Aussicht, daß die Anschauungen seiner Freunde hier im Hause und bei der Regierung durchdringen könnten, bestrebe leider nicht, auch nicht nach etwaigen Neuwahlen.

Abg. Bödiker (Zentrum) vertritt dem entgegen nochmals den Standpunkt, daß die Steuerfreiheit der Ständesherren auf volkrechtlichen Verträgen beruhe.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Graf Limburg, Lieber, Sattler verweist

Abg. Ricker den Minister darauf, in den Motiven des vorjährigen Einkommensteuergesetzes werde an einer Stelle ausdrücklich gesagt, daß „die Aufhebung des Steuerprivilegs formell, rechtlich, an sich ohne Entschädigung zulässig sei“. Das genüge doch wohl, um seine Angabe von vorn über den vorjährigen Standpunkt der Regierung zu bestätigen.

Damit schließt die Debatte. § 1 wird gegen die Stimmen des größeren Theils der Freisinnigen angenommen.

Auch der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Zur Verathung steht dann noch eine von dem Abg. Graf Limburg-Sturum beantragte Resolution, die Regierung zu der Erwägung aufzufordern, ob aus Billigkeitsgründen den Familien Bentheim-Tellernburg-Hebe und Sayn-Wittgenstein-Vorburg Entschädigungen für die früher von ihnen genossene Befreiung von ordentlichen Personalsteuern zu gewähren sein werde.

Abg. Graf Limburg-Sturum führt aus, die beiden Familien seien nur durch einen ungünstigen Zufall, einen Reiz, ihres Rechts auf Steuerfreiheit verlustig gegangen.

Abg. Meyer-Berlin (fr.) entgegnet, Vorredner wende den Begriff „Zufall“ so an, wie dies nie zuvor jemals geschehen. Seine Beträge seien von den betreffenden Familien einmal mit vollem Bedacht abgeschlossen worden. Die Herren seien in der Lage gewesen, genau zu überlegen, was sie thaten, als sie den Vertrag abschlossen. Es liege kein Grund vor, ihnen jetzt noch bloß deshalb etwas zuzuwenden, weil sie damals nicht vorhergesehen, daß sie vielleicht einmal einen noch günstigeren Vertrag abzuschließen in die Lage kommen würden.

Abg. Franke (nl.) spricht sich gleichfalls gegen die Resolution aus.

Minister Miquel erklärt, namens der Regierung eine Erklärung über die Resolution nicht abgeben zu können. Aber er mache doch darauf aufmerksam, daß es zu unübersehbaren Konsequenzen führen würde, wenn man von der Rechtslage absehe und lediglich aus Billigkeitsgründen Entschädigungen gewähren wolle.

Abg. Lieber (Zentrum) erklärt sich gleichfalls gegen die Resolution, in dieser ganzen Frage sei die Grenze zwischen Recht und Billigkeit für seine Partei eine unübersteigliche. Ebenso wie sie aus Gründen des Rechts das Gesez selbst annehme, ebenso bestimmt müsse sie es ablehnen, Entschädigungen nur aus Billigkeits-Rücksichten eintreten zu lassen.

Nach kurzer nochmaliger Empfehlung durch den Antragsteller wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Schleswiger Landgemeinde-Ordnung und Entschädigung der Reichsunmittelbaren, beides in dritter Lesung, Petitionen.

Schluß gegen 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Die bereits erwähnte Denkschrift zum 25jährigen Gedächtniß des Bestehens der nationalliberalen Partei behandelt die Geschichte der Partei, die vorher noch nicht dargestellt gewesen, in folgenden größeren Abschnitten: 1. Gründung der nationalliberalen Partei, 2. die Verfassung, 3. norddeutscher Reichstag und Zollparlament, 4. die Einigung des Reiches, 5. der Kulturkampf, 6. die siebenjährige, 7. die Wende der inneren Politik, 8. die innere Lage in Preußen, 9. die achtjährige, 10. die Ereignisse der letzten Jahre. In einem Rückblick wird bemerkt:

„Eine Entschädigung in den weitesten bürgerlichen Kreisen war die unmittelbare Folge des Wahlsieges vom Februar 1890. Der Rücktritt Bismarcks aus allen Ämtern mußte für den ernsthaften Politiker jedenfalls die Mahnung enthalten, auf die Beseitigung der über alles Maß hinausgegangenen Verhältnisse an seinem Theile mit Bedacht zu nehmen, damit nicht Schwierigkeiten, die der neuen Regierung etwa erwachsen würden, mit Erregungen und unerföhrlichen Strömungen im Volke selbst zusammenstießen. Die Parteien mußten jetzt im Stande sein, dem Volke wieder Halt und Schutz zu bieten. Mit abgemessenen Ernst, unabhängig nach allen Seiten, unbefangen und unerbitterlich ist die nationalliberale Partei in diese neuen Verhältnisse eingetreten. In mancher Beziehung war auch jetzt wieder ihr Rath und ihr Bestreben von Erfolg. Die Reformen in Preußen (Steuerreform und Landgemeinde-Ordnung) sind unter ihrer entscheidenden Mitwirkung zu Stande gekommen. Im Reichstag hat sie an der Militärvorlage von 1890, an dem Arbeiterschutzgesetz und den Handelsverträgen mitgeschaffen. Im Lande aber hat sie ihre Organisation geklärt und verbessert, und mit ernstlich wachsendem Vertrauen sammeln

sich die Freunde des gemäßigten Liberalismus wieder um ihre Fahne, wohl erkennend, daß dem Volke auch ein fester Anstoß an eine gesunde, schaffens- und widerstandsfähige, machsame und thätige Partei zur Pflicht gemacht ist. In anderen liberalen Kreisen hat die jüngste Zeit manches reifere Urtheil gezeugt, seitdem mit der Vorlage des Reichlichen Schulgesetzes in Preußen eine überaus scharfe Wendung der inneren Politik erfolgt war. Der Kampf um die höchsten geistigen Güter des Volkes und seiner Kultur ließ doch weit über die nationalliberalen Kreise hinaus die Erkenntnis durchbrechen, daß es eine gemeinsame Aufgabe der liberalen Parteien gäbe, der an Bedeutung alles das nachstehe, was im Laufe eines Jahrzehnts so viel Zersplitterung und Entfremdung bewirkte und nur den Einfluß schmähte, den sich das große, staatsfreie Bürgerthum in Stadt und Land an der Gestaltung der Schicksale des deutschen Volkes niemals sollte schmälern lassen.“

— Wie man dem „Besten Abend“ aus Petersburg meldet, wird nunmehr auch von autoritativen Kreisen der russischen Hauptstadt bestätigt, daß der Besuch des Zaren in Berlin eine definitiv beschlossene Sache ist. Wohl ist es in früheren Jahren vorgekommen, daß auch feste Reisebeschlässe des Petersburger Hofes in letzter Stunde wankend geworden und in die Brüche gegangen sind; aber diesmal scheint man auch schon den Berliner Hof von dem Besuche des Zaren verständigt zu haben und es müßten ganz unüberwindliche Hindernisse eintreten, um die Ausführung des Planes zu vereiteln. Was es mit dem Zarenbesuche politisch für eine Veranlassung hat, ist schon mehrfach erörtert worden. Der Besuch ist in erster Linie ein Akt der Höflichkeit, man muß wohl sagen schuldigen Höflichkeit, da er nur die Erwidmung auf den vor zwei Jahren schon festgestellten Besuch Kaiser Wilhelms in Petersburg bildet. Er wird die politische Situation im allgemeinen, speziell die Stellung Deutschlands nicht wesentlich alteriren. Ist schon während des letzten Denkartums hat man den Zar in Berlin kommen und gehen gesehen, ohne daß irgend welche bedeutende politische Konsequenzen sich daran geknüpft hätten. Immerhin ist es jedoch auch für die Politik nicht ohne Bedeutung, wenn der Zar und der deutsche Kaiser im persönlichen Verkehr auf gutem, freundschaftlichem Fuße bleiben. Man wird von diesem Gesichtspunkte das Erscheinen des Zaren in Berlin allgemein als ein Symptom des Friedens betrachten und sich hierin wohl auch nicht irren. Selbst in Frankreich wird man seine Klugheit und Mäßigkeit genugsam bewahren, um an dem Erscheinen des Zaren am Berliner Hofe keinen Anstoß zu nehmen. Die Gewissheiten in der französischen Hauptstadt werden sich allerdings ein wenig enttäuscht fühlen. Ihnen wird es ein Grauel sein, daß der Zar, den sie für sich allein reklamierten, nach Berlin geht, ehe er nach Paris gekommen, ja ehe auch nur eine Zusage vorliegt, daß er überhaupt Paris besuchen werde. Wenn diese Kreise sich in ihren Hoffnungen auf die unbedingte Unterstützung von Seiten Russlands einigermassen ernüchtert fühlen und aus all ihren erträumten Himmeln stürzen, so wird das eben kein Schaden sein.

— Die „Nat.-Lib. Rev.“ will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß alle Vorarbeiten zu einer neuen militärischen Gesetzsammlung, ebenso wie zu etwaigen Abänderungen und Neuerungen in der Reichssteuergesetzgebung bis auf weiteres vollständig eingestellt sind, so daß von einer Inanspruchnahme der nächsten Reichstagsession mit diesen Angelegenheiten voraussichtlich nicht die Rede sein würde. Wir lassen dahingestellt, ob diese Mittelstellung nicht mit zu großer Bestimmtheit auftritt.

Ueber die Geschäftsdispositionen im Landtag schreibt die genannte Korrespondenz:

„Ueber den Schluß der Landtagsession, ob vor oder nach Pfingsten, besteht immer noch keine Sicherheit. Es ist jetzt wieder wahrheitsgemäß, daß der Schluß erst nach Pfingsten vorgenommen werden kann, hauptsächlich in Folge der unbegreiflich späten Wiedereinberufung des Herrenhauses, erst auf den 27. Mai. Dem Herrenhaus ständen sonach, bei einem Schluß vor Pfingsten, höchstens noch fünf Tage zu sehr umfangreichen Arbeiten zur Verfügung. Im Abgeordnetenhaus sind hauptsächlich noch die in Kommissionenberatung begriffenen Gesetzentwürfe über die Tarifbahnen, über die Gleichstellung der städtischen mit den staatlichen Lehrern, über die Anstellung der Militärschwärmer, über die Gleichbehandlung der Steuerveranlagung zu erledigen; eine neue Vorlage über Ablösung der Jahresrente an die Provinz Sachsen für die Uebnahme der staatlichen Wegebaupflichten durch eine Kapitalabfindung steht mit Sicherheit noch zu erwarten. Die Regierung legt, wie wir hören, hohen Werth auf die Erledigung dieses gesamten Materials und wäre aus diesem Grunde auch mit einer kurzen Verlängerung der Session über Pfingsten hinaus einverstanden. Insbesondere wird das Zustandekommen des Tarifabgabengesetzes auf allen Seiten dringend erwünscht. Es wäre sehr zu beauern, wenn die Vorlage, die erste größere gesetzgeberische Arbeit des Ministers Zielens, welche einem seit langer Zeit hervorgetretenen Bedürfnis abhilft, liegen bleiben würde.“

— Nachdem die alle fünf Jahre wiederkehrende Abhängung der städtischen Liegenschaften durch die städtische Grundeigentums-Deputation bewirkt worden ist, hat der Magistrat das Grund- und Lagerbuch für das Etatsjahr 1890-91 bearbeitet und dasselbe der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnissnahme vorgelegt. Nach demselben betrugen am 1. April 1891 die Aktiva des Rammerei-Vermögens 467,352,581 Mark, darunter 316,719,451 Mark Grundbesitz, 31,513,301 Mark ausstehende Forderungen, Rammereibank und Einnahmestellen, 91,540,841 Mark Werth der Natural-, Material- und Vertriebsbestände und der Vorräthe, und 27,578,996 Mark Werth des Mobiliar-Inventars, der Bibliotheken, Apparate, Sammlungen etc. Da am 1. April 1890 das Rammerei-Vermögen auf 414,305,959 Mark ermittelt war, hat pro 1890 bis 1891 eine Steigerung um 53,046,621 Mark stattgefunden, welche hauptsächlich durch die erhöhten Werthe des Grundbesitzes herbeigeführt worden ist. Die Passiva haben sich gegenüber dem Vorjahre um 33,575,351 Mark, darunter 30,334,200 Mark Obligationsschulden, vermehrt und stellen sich ultimo März 1891 auf 238,444,979 Mark; demnach ergibt sich pro

100,000 Counts.